

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse  
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Samstagblätter  
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 272.

Freitag, 23. November 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Straßburg, den Hauptstädten, sowie am Schalter der telegr. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Annahme für die Räume des Ausgabeblattes bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langert & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kalkantenstraße 50. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

## Bekanntmachung.

Die Stadtverordneten-Wahlliste ist revidiert worden und liegt im hiesigen Einwohner-Meldeamt zur Einsicht der Beteiligten 14 Tage lang und zwar vom 24. November dieses Jahres öffentlich aus.

Bis Ende des siebenten Tages nach Bekanntmachung und Beginn der Auslegung kann gegen etwaige Unrichtigkeit dieser Liste hier Einspruch erhoben werden.

Riesa, am 23. November 1894.

Der Stadtrath.  
Schwarzenberg, Stadtrath.

## Circa 21000 Mark

Sparfängelder sind im Ganzen oder getheilt gegen erste Hypothek **auszuleihen**. Hierauf Refektivende wollen ihre Gesuche, jedoch nicht ohne die erforderlichen Unterlagen (Besitzstandsverzeichnis u.) baldigst anher einreichen.

Commissar, den 22. November 1894.

Der Stadtrath.  
Dr. Bent.

Reil.

## Deutschlands auswärtige Politik

Die englischen Blätter gegenwärtig mehrfach Anlaß zu Bemerkungen. Der „Standard“ vom Freitag veröffentlicht einen Leitartikel über die Frage, ob Deutschland in Gefahr liege, dieselbe isolirte Stellung in Europa einzunehmen, die Frankreich bis Kronstadt und Toulon eingenommen habe. Man fragt sich mit einiger Verwunderung, wie das konservative Blatt zu einer solchen Fragestellung gelangt, und die Verwunderung wird nicht geringer, wenn man sieht, daß der Leitartikel in den auffallenden Widerspruch geräth, die Deutschland angeblich drohende Gefahr der Isolirung einerseits von Caprivis unfreundlicher Haltung gegen England, andererseits von Caprivis Entlassung herzuleiten. Denn hätte Graf Caprivis Politik den Engländern berechtigten Anlaß zu Beschwerden gegeben, so müßte doch seine Entlassung in London willkommen sein.

Der betreffende „Standard“ Artikel bezieht sich auf einen Bericht, der dem Blatte von einem „Oesterreicher“ aus Wien zugegangen ist, der aber ganz offenbar aus den Kreisen der vorzigen englischen Botschaft stammt. Der „Oesterreicher“ bellagt die Politik Deutschlands in der Kongofrage, die England verlegt haben müsse; Deutschland habe sich damals mit Frankreich verbunden, um die Pläne Englands zu durchkreuzen. (In Wirklichkeit hat Deutschland nur die Aufrechterhaltung der bestehenden Verträge verlangt und durchgesetzt, die England rückfichtlichlos zu verletzen beabsichtigte.) Wenn ferner der „Oesterreicher“ rühmt, England habe die verhältnismäßig überreichliche Politik in den Balkanstaaten unterstützt, so trifft das zu; es ist indessen nicht etwa aus Gefälligkeit gegen Oesterreich geschehen, sondern weil es der englischen Politik in den Kram paßte. Wie nun der Dreibund dazu kommen soll, England dafür besondere Gegen Dienste zu leisten, ist absolut unverständlich.

Ein anderer Satz, der gegenwärtig die Kunde durch die Presse macht, ist die „Verständigung Englands mit Rußland“. Eine solche kann die deutsche Politik nicht schrecken, sie würde im Gegenteil der Sicherung des Weltfriedens dienen und könnte in Berlin nur angenehm berühren. Indessen ist eine solche Verständigung wenig wahrscheinlich. Die Ausbehnungspolitik Rußlands in Asien wird und kann nicht aufgegeben werden und diese verlegt die englischen Interessen auf das Schwerste, da sie den britischen Besitz Indiens bedroht. Wie lange der Russenstaat Afghanistan seinen Zweck noch erfüllen wird, ist eine Frage der Zeit. Indessen ist der Termin, in dem Rußland der Nachbar Indiens in Asien wird, offenbar nahgerückt und ein gewaltiger Zusammenstoß dort scheint unabweislich.

Man rühmt dem neuen Jaren nach, daß er Sinn für Kultur und Fortschritt habe. Die Ecthatigung desselben würde dem inneren Frieden Rußlands zu Gute kommen und es liegt für Deutschland kein Grund vor, dies zu bedauern. Im Gegenteil: Sollten die inneren russischen Verhältnisse sich verschlechtern, so könnte die dortige Regierung geneigt werden, der inneren Schwierigkeiten durch eine starke Ableitung der nationalen Kräfte nach außen hin Herr zu werden. Die nothwendigen Reformen, die Rußland vorzunehmen hat, werden viel Zeit in Anspruch nehmen und während derselben wird auch die vielberufene „orientalische Frage“ ruhen. Auch das kann für die deutsche und die Dreibundspolitik nur angenehm sein, denn die Ausrottung der orientalischen Frage birgt die Gefahr eines Weltkrieges in sich. Wie man die Dinge auch betrachten mag, so liegt für Deutschland keine Veranlassung zu einer irgendwie gearteten Aenderung seiner auswärtigen Politik vor, die sich auch unter Caprivis durch Stetigkeit und zugleich durch höfliche Form ausgezeichnet hat. Der „Oesterreicher“ ist besonders besorgt wegen der Fortdauer des Dreibundes, indem er schreibt: „Was Italien be-

trifft, so darf nicht übersehen werden, daß England unter seinen drei letzten Ministern des Auswärtigen, Salisbury, Rosebery und Kimberley, der Erhaltung und Stärkung des Dreibundes unschätzbare Dienste erwiesen hat, indem es seinen großen Einfluß in Italien ausübte, wo nicht nur der König, sondern auch das Volk und die Presse in Betracht kommen. Wenn der Frontwechsel der englischen Politik wirklich und dauernd sein sollte so wird die Größe des Einflusses, den England auf Italien ausüben kann, erst offenbar werden, wenn die Zeit der Erneuerung der Dreibundverträge herannaht. Sollte Englands Politik dann der deutschen und österreichischen entgegengesetzt sein, so wäre es denkbar, daß die Erneuerung der Verträge mit Italien größere Schwierigkeiten bereiten würde, als im Allgemeinen angenommen wird.“ Auch diese Befürchtungen sind hinfällig. Italien und England sind die natürlichen Verbündeten im Mittelmeer gegen das Uebergewicht Frankreichs. Italien und Deutschland sind durch ihre Interessen auf dem Festlande dauernd verknüpft, denn ihre Vereinigung hält den französischen Chauvinismus in den Schranken, von dem beide bedroht sind und es noch weit mehr sein würden, wenn sie ihr Bündniß aufgäben.

## Tagesgeschichte.

**Deutsches Reich.** Dem Bundesrath ist ein Gesetzentwurf über die Bestrafung des Sklavenraubs und Sklavenhandels zugegangen. Die Angelegenheit hat den Reichstag bereits im Jahre 1891 beschäftigt. Es lag damals ein Gesetzentwurf vor, welcher die Theilnahme an einem zum Zweck des Sklavenraubs unternommenen Streifzug und die Verbreitung des Sklavenhandels mit Zuchtstaus bedrohte. Es wurde in der Begründung“ ausgeführt, daß die bestehenden reichsgesetzlichen Strafbestimmungen für die Aufgaben nicht ausreichen, welche dem Reiche zur Bekämpfung des Sklavenhandels in dem ostafrikanischen Schutzgebiet, dessen Hinterlande und den benachbarten Meeresstheilen zugefallen sind, insbesondere darum, weil eine Strafverfolgung dann nicht eintreten kann, wenn die strafbaren Handlungen im Auslande begangen und durch die Befehle des Orts mit Strafe nicht bedroht sind. Der Gesetzentwurf wurde in einer Kommission, mit der Beschränkung der Gültigkeit bis 1. Oktober 1895, angenommen, kam aber im Plenum nicht mehr zur Erledigung. In der vorigen Tagung beschäftigte sich dann der Reichstag aufs Neue mit der Frage, in Anknüpfung an Beschwerden, daß auf deutschem Kolonialgebiet noch immer Sklavenhandel vorkomme. Es wurde einstimmig eine vom Centrum beantragte Resolution angenommen, die verbündeten Regierungen um Einbringung eines Gesetzentwurfes, betreffend die Bestrafung des Sklavenraubs und Sklavenhandels zu eruchen. Dieser Aufforderung ist die Reichsregierung jetzt nachgekommen.

In einer sozialdemokratischen Versammlung zu Mainz nahm kürzlich der Abgeordnete Jöst in scharfer Weise Stellung gegen die von Bebel und der Berliner Versammlung über den Frankfurter Parteitag gemachten Äußerungen, den er als einen der schönsten aller bis jetzt abgehaltenen Parteitage bezeichnete. In der bayerischen Angelegenheit stellte er sich entschieden auf Seite Bollmars. Bebel's Gegnerschaft gegen die Entscheidung des Parteitages und die heftigen, bayerischen und badischen Abgeordneten beruhe nur auf Neidhaderi. Auch Bebel habe seine Ansichten in vielen Punkten geändert; er sei aber zu eigensinnig, es einzugestehen. Die Versammlung stimmte dem Parteitage rückhaltlos zu.

Aus Weimar wird gemeldet: Ein Erlaß des Großherzogs giebt den Tod des Erbgroßherzogs Carl August kund, sowie den Uebergang des erbgroßherzoglichen Titels auf den

ältesten Sohn des Verstorbenen, den Prinzen Wilhelm Ernst. — Aus Anlaß des Ablebens des Erbgroßherzogs ist eine dreimonatige Hoftrauer angeordnet worden. Eine Deputation der Hofbeamten begab sich vorgestern Abend nach Cap St. Martin zur Abholung der Leiche des Verstorbenen. — Dem regierenden großherzoglichen Paare sind zahlreiche Beileids-telegramme zugegangen, u. A. vom deutschen Kaiser, den Königen von Sachsen und Württemberg, den Herzögen von Altenburg und Coburg-Gotha, sowie vom Fürsten Biemarck.

Saatenstand und Ernteschätzungen in Preußen per November. Die Bestellungen des Wintergetreides bis Mitte Oktober sind wesentlich gut verlaufen, in einigen Bezirken durch anhaltenden Regen weiter verzögert, in einzelnen ganz unterbrochen, so daß mancher zur Bestellung bestimmte Acker unbestellt bleiben mußte. Der Stand der jungen Saaten ist im Allgemeinen zufriedenstellend, gleichwohl durchschnittlich kein so guter, wie im November des Vorjahres. Die Ernteschätzung in Hafer ist sehr zufriedenstellend; Erbsen weisen in einzelnen Bezirken geringe Erträge auf. Die Kartoffelernte ist bei fast frostfreiem Wetter nahezu störungslos beendet. Die Kartoffelmittelerte wird durchschnittlich noch um annähernd 0,02 übertroffen. Die Heuernte ist der Menge nach wesentlich besser als im Vorjahre; weniger befriedigt die Güte. Der Wiesenertrag hat in dem Herbstschnitt unter der anhaltenden Nässe sehr gelitten; im Staatsdurchschnitt der Heftarertrag für alle Schnitt 0,50 günstiger als 1893 und 0,29 höher als in der Mittelerte.

Die Feier der Einweihung des neuen Reichstagsgebäudes durch den Kaiser findet am 5. Dezember in den Wandelgängen des Reichstagsgebäudes statt. Vielleicht be- sichtigt der Kaiser auch das Innere. — Am 7. Dezember findet zu Ehren des Erbauers Professor Ballot eine von den vereinigten Künstler- und Architektenvereinen Berlins veranstaltete Festschicht statt.

Der Gouverneur von Kamerun, v. Zimmerer, tritt zurück und wird durch den Landeshauptmann von Togo, v. Puttkamer, ersetzt, an dessen Stelle der bisherige Bezirksamtmann von Kamerun, v. Deryn, tritt.

Der heftische Pfarrverein hat sich in seinem Organ über die Salbung der Prinzessin Alix von Hessen folgendermaßen ausgesprochen: „Wir hatten immer noch zu hoffen gewagt, Gott werde es also fügen, daß durch irgend ein Ereigniß unsere Prinzessin Alix vor der Verleugung ihres Glaubens und Bekenntnisses bewahrt bleibe. Gott hat unsere Gebete nicht erhört. Ihre „Salbung“ ist laut Manifest des Kaisers von Rußland, ihres Bräutigams, erfolgt und damit hat die Prinzessin die evangelische Kirche verlassen und ist zur griechisch-orthodoxen übergetreten. Das mag dem Jaren und seinem Volke zur „Beruhigung“ gereichen; uns aber erfüllt es mit der tiefsten Betrübniß. In allen Schichten der deutschen evangelischen Bevölkerung bis hinauf zur preussischen General-synode äußert sich tiefstes Bedauern über diese zur Thatjabe gewordene Conversion unserer heftischen Fürstentochter. Und wir als Verein der heftischen Geistlichen sind umso mehr veranlaßt, Zeugniß abzulegen gegen dies Kergerniß, das unserer Kirche gegeben worden ist. Das Volk sieht nicht mehr auf dem Standpunkt, zu glauben, daß den Großen erlaubt sei, was den Kleinen durch ihr Gewissen verboten. Die Verpflichtung zur Treue gilt nach oben wie nach unten. . . Wir gehen, nach dem Dasürhalten vieler, in der Trauerkunde-gung über den Tod des Kaisers schon zu weit, und nun geben wir ihnen auch noch eine deutsche Prinzessin hin; was Wunder, wenn man im Osten geringschuldig auf die Deutschen herabsieht? Doch das Traurige ist geschehen; bei einem bösen Anfang aber kann man kein gutes Ende voraussetzen. Die Prinzessin ist als Großfürstin in die russische Kaiser-familie und als Alexandra Feodorowna in die russische grie-chisch-orthodoxe Kirche aufgenommen worden. Für uns ist